

**Humanistischer Verband Deutschlands e.V.**  
**Bundesverband**  
**WPSEU 108/2019**

Berlin, 10. Mai 2019

**1. RECHTSSTAAT UND DEMOKRATIE WAHREN****1. Werden Sie darauf hinwirken, einen permanenten Mechanismus zum Monitoring demokratischer Strukturen und Prozesse in den Mitgliedsstaaten zu etablieren?****Antwort:**

Ja. Die SPD will, dass alle Mitgliedsstaaten einer regelmäßigen Prüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit unterzogen werden. Länderspezifische Berichte sollen veröffentlicht werden und ein automatisches Einschreiten der EU-Institutionen erfolgen, falls ein Mitgliedstaat die europäischen Grundwerte gravierend verletzt. In Mitgliedsstaaten, in denen festgestellt wird, dass demokratische Grundwerte nicht ausreichend geschützt und gefördert werden, sollen zivilgesellschaftliche Organisationen gezielt direkt unterstützt werden, die sich dem demokratischen Dialog verschrieben haben.

**2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass EU-Mittel generell nur noch an Empfängerländer ausgezahlt werden, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahren?****Antwort:**

Ja. Die SPD will, dass die EU konsequenter ihre Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützt. Die Europäische Union ist nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern eine Union von Staaten, die ein gemeinsames Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen. Bestehende Verfahren gegen zuwider handelnde Mitgliedsstaaten funktionieren nur unzureichend. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Europäischen Kommission für einen Mechanismus, der Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards die Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar kürzt. Dabei ist klar: Es werden die nationalen Regierungen sanktioniert und nicht die Empfängerinnen und Empfänger von EU-Geldern. Deshalb setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass die verantwortlichen Regierungen die wegfallenden Leistungen übernehmen. Notfalls soll die Kommission die Mittel direkt an die Empfänger auszahlen können. Das schafft Anreize, in einen Dialog mit den europäischen Institutionen zu treten.

### **3. Werden Sie einfordern, dass sich Staaten, die Rechtsordnung und Menschenrechte verletzen, vor Gericht verantworten müssen?**

#### **Antwort:**

Gemäß den EU-Verträgen kann die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen einen Mitgliedstaat einleiten, wenn dieser nach der Auffassung der Kommission gegen Unionsrecht verstoßen hat. Wenn der Mitgliedstaat die Bedenken nicht ausräumt, kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anrufen.

Die SPD begrüßt, dass die Kommission hiervon bereits Gebrauch macht, zum Beispiel im Fall des umstrittenen Gesetzes zur Senkung des Ruhestandsalters der Richter am Obersten Gericht in Polen. Der EuGH hat hier einen Verstoß gegen die Unabhängigkeit der Justiz festgestellt und folgerichtig einem Eilantrag der Kommission gegen dieses Gesetz stattgegeben. Das umstrittene Gesetz wurde zurückgenommen.

Die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission in Fällen von konkreten Verletzungen europäischen Rechts durch nationale Gesetze ist ein Instrument von mehreren zur Wahrung des Rechtsstaatsprinzips in der EU. Wir unterstützen die Kommission in ihrem Vorgehen.

## **2. ZIVILGESELLSCHAFT ALS TRÄGER EUROPÄISCHER WERTE**

### **1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sowohl nationale säkulare zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch ihre EU-Netzwerke, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stark machen, besser gefördert werden?**

#### **Antwort:**

Die Demokratie in Europa lebt von einer starken Zivilgesellschaft, die unsere gemeinsamen europäischen Werte aktiv vor Ort vertritt. Es ist daher elementar, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine an politischen Diskussionen und Prozessen auf allen Ebenen zu beteiligen und ihre Rechte zu stärken. Um für verlässlichere Förderstrukturen zu sorgen, setzen wir uns für die Einführung eines Europäischen Vereinsstatuts ein.

Wir konnten erreichen, dass das Europäische Parlament im Rahmen der Verhandlungen zur Neugestaltung des EU-Förderprogramms „Rechte und Werte“ eine deutliche Erhöhung des Budgets im Vergleich zum Vorschlag der Kommission für die künftige Förderperiode 2021-2027 beschlossen hat. Es ist uns gelungen, den Schutz und die Förderung der Werte der Union und damit auch die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie explizit als eines der Hauptziele des Programms zu verankern. Zivilgesellschaftliche Organisationen - von der lokalen bis zur europäischen Ebene -, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stark machen, können von diesen Fördermöglichkeiten profitieren. Wir werden dafür streiten, dass diese Errungenschaften in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über einen gemeinsamen Gesetzestext Bestand haben werden.

Mehrere beunruhigende Beispiele in letzter Zeit haben gezeigt, wie zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für europäische Grundwerte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt haben, in Mitgliedstaaten drangsaliert werden. Wenn europäische Grundwerte in Gefahr sind, muss Europa entsprechend antworten. Wir haben uns daher im Europäischen

Parlament u.a. dafür eingesetzt ein neues Finanzinstrument im EU-Haushalt zu verankern, dass Nichtregierungsorganisationen, denen bei ihrer Finanzierung von staatlicher Seite Steine in den Weg gelegt werden, mit EU-Mitteln unterstützt werden können.

## **2. Was werden Sie für die Verbesserung des Dialogs der EU-Institutionen mit der Zivilgesellschaft gemäß Artikel 11 des EU-Vertrags beitragen?**

### **Antwort:**

Ein offener, transparenter und regelmäßiger Dialog zwischen den EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft ist von zentraler Bedeutung für gute und bürgernahe europäische Politik. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und mitgestalten, trägt dies dazu bei, für transparente, zielführende und kohärente Rechtsvorschriften in der EU zu sorgen. Wir haben uns daher unter anderem dafür eingesetzt, dass die Kommission im Rahmen ihrer Strategie für eine bessere Rechtsetzung in der EU den öffentlichen Konsultationsprozess aufwertet. Europäerinnen und Europäer können sich vor und nach der Veröffentlichung eines Gesetzgebungsvorschlages durch die Kommission mit ihren Stellungnahmen einbringen. Wir setzen uns ebenfalls für eine Stärkung von EU-Förderprogrammen ein, die die demokratische Teilhabe der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene fördern.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich über die Arbeit der europäischen Institutionen zu informieren, um sich zu beteiligen und damit sie nachvollziehen können, wie EU-Gesetze zustande kommen und welche Diskussionen den Entscheidungen vorangegangen sind. Das Europäische Parlament ist bei der Transparenz seiner Arbeit Vorreiter. So werden alle Plenar- und Ausschusssitzungen live im Internet gestreamt (anders als in vielen nationalen Parlamenten). Alle für die Gesetzgebung relevanten Dokumente sind online auf der Seite des Parlaments abrufbar. Europaabgeordnete sollen künftig alle Treffen mit Lobbyistinnen und Lobbyisten, die im Transparenzregister eingetragen sind, veröffentlichen. Wir haben wiederholt gefordert und werden weiter dafür streiten, dass auch die Entscheidungsfindung der Mitgliedstaaten im Rat der EU transparenter wird. Hier gibt es noch großen Nachholbedarf, wie auch die Europäische Bürgerbeauftragte festgestellt hat. Wir werden nicht nachlassen, dass auch hier mehr Transparenz hergestellt wird. Denn Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wie sich ihre gewählten Vertreter im Rat aus welchen Gründen positionieren.

Ein wichtiges Instrument der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der europäischen Politik ist die Europäische Bürgerinitiative. Seit ihrem Inkrafttreten haben mehr als neun Millionen Menschen eine Bürgerinitiative per Unterschrift unterstützt und damit die Europäische Kommission aufgefordert, einen EU-Rechtsakt vorzulegen. Dies zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Instrument der grenzüberschreitenden partizipativen Demokratie wollen. Die andere Seite der Medaille ist allerdings, dass bisher leider erst 4 Bürgerinitiativen die notwendige Zahl von einer Million Unterschriften in mindestens 7 Mitgliedstaaten sammeln konnten. Die administrativen und technischen Hürden waren bislang zu hoch. Wir haben die Europäische Bürgerinitiative daher reformiert und damit unbürokratischer und nutzerfreundlicher gemacht. Einziger Wermutstropfen war leider die Weigerung der Mitgliedstaaten, das Mindestalter zur Teilnahme europaweit auf 16 Jahre zu senken. Wir

konnten jedoch erreichen, dass den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt wurde, selbst über das Mindestalter 16 Jahre zu entscheiden. Europa braucht die Beteiligung junger Menschen, wir werden daher nicht nachlassen, diese Forderung in die öffentliche Debatte in den Mitgliedstaaten einzubringen.

### **3. Werden Sie sich für die Benennung eines Beauftragten oder Kommissars für zivilgesellschaftliche Angelegenheiten einsetzen?**

#### **Antwort:**

Im Zuständigkeitsbereich des derzeit amtierenden EU-Kommissars für Migration, Inneres und Bürgerschaft liegt auch die Förderung des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas. So existiert zum Beispiel das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, das die Förderung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene zum Ziel hat. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat einen Sonderberater für den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ernannt, der in seinem Abschlussbericht Leitlinien und Empfehlungen ausgearbeitet hat, um die partizipative Demokratie unter Beteiligung aller in Europa zu stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eine prominente Rolle im Portfolio der künftigen EU-Kommission erhalten wird und dass die vom Sonderberater ausgearbeiteten Empfehlungen auch in die künftige Arbeit der Kommission einfließen wird.

## **3. EIN UNPARTEILICHES SÄKULARES EUROPA**

### **1. Was werden Sie tun, um die Unparteilichkeit Europäischer Institutionen zu gewährleisten?**

#### **Antwort:**

Die Europa-SPD teilt die Einschätzung nicht, dass die EU-Institutionen durch religiöses Lobbying in ihrer weltanschaulichen Unabhängigkeit gefährdet sind. Die Existenz finanziell gut ausgestatteter, religiös motivierter Interessensgruppen ist unserer Ansicht nach eine Gefahr, wenn sie einen privilegierten Zugang zu den Entscheidungsträgern haben oder im verdeckten arbeiten. Es ist deshalb zentral, dass alle Interessenvertreter unter den gleichen Bedingungen arbeiten und ihre Finanzen offenlegen müssen (siehe 3.2).

### **2. Werden Sie für mehr Transparenz zu den einzelnen Interessensgruppen und deren Finanzierungsquellen eintreten?**

#### **Antwort:**

Die Europa-SPD wendet sich gegen jede Form der verdeckten Einflussnahme durch Lobbying. Für die Bürgerinnen und Bürger muss ersichtlich sein, wer welche Interessen vertritt, welche Finanzierung zur Verfügung steht und wer die Mittel bereitstellt. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für die Stärkung des EU-Lobbyregisters (Transparenzregister) der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments ein. Treffen mit Entscheidungsträgern sollten nur für jene Interessenvertreter möglich sein, die sich ordnungsgemäß im Register eingetragen haben.

In der laufenden Legislaturperiode haben wir gegen den entschiedenen Widerstand der konservativen EVP-Fraktion durchgesetzt, dass Abgeordnete mit besonderen Aufgaben (Schatten-) Berichterstatter und Ausschussvorsitzende) verpflichtend alle Treffen mit Interessenvertretern veröffentlichen müssen. Alle Abgeordnete sind zudem dazu aufgerufen, grundsätzlich nur Interessenvertreter zu treffen, die im Register registriert sind. Auch Kommissare und hohe Beamte in der Kommission dürfen ausschließlich registrierte Interessenvertreter treffen und müssen die Treffen veröffentlichen. Dass die Maßnahmen wirken, zeigt sich schon darin, dass sich mittlerweile knapp 12.000 Organisationen im EU-Lobby-Register eingetragen haben.

Die SPD fordert, dass auch der Ko-Gesetzgeber, die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union, ähnlichen Standards folgt. Leider arbeitet der Rat nach wie vor eher wie ein diplomatisches Forum als eine gesetzgebende Kammer in einer parlamentarischen Demokratie und nimmt nicht am EU-Transparenzregister teil. Außerdem ist die Interessenvertretung über den Umweg der nationalen Hauptstädte in vielen Mitgliedstaaten nicht reguliert. Wir fordern deshalb europaweite Mindeststandards für einen transparenten Umgang mit Interessensvertretern.

### **3. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Situation wie auch die Beteiligung von Menschen ohne religiöses Glaubensbekenntnis in Europa und der Welt zu verbessern?**

#### **Antwort:**

Die Europa-SPD steht für die Religionsfreiheit ein, die auch das selbstverständliche Recht beinhaltet, keiner Religion anzugehören. Weder in Europa noch sonst in der Welt darf der Zugang zu politischer, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe abhängig von einem bestimmten Glaubensbekenntnis sein. Die Einschränkung von individuellen Freiheiten und Rechten, etwa von Menschen der LGTBIQ+ Gemeinschaft, ist nicht hinnehmbar.

## **4. GEDANKENFREIHEIT FÜR ALLE VERTEIDIGEN**

### **1. Welche Maßnahmen zum Schutz von Nicht-Gläubigen in Europa und weltweit werden Sie umsetzen?**

#### **Antwort:**

Religionsfreiheit ist universelles Menschenrecht und umfassend völkerrechtlich festgeschrieben. Für dieses Recht stehen wir in Europa und weltweit ein. Für uns ist klar, dass dieses Recht auch das selbstverständliche Recht beinhaltet, keiner Religion anzugehören oder die Religion und den Glauben zu ändern. Der Schutz von Religionsfreiheit muss dabei nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der politischen und gesellschaftlichen Praxis gelebt werden.

## **2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die EU-Richtlinien zu Glaubens- und Religionsfreiheit effektiv umgesetzt werden?**

### **Antwort:**

Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit muss weltweit und auf allen internationalen Ebenen verteidigt werden. Die SPD wird in den vom Europäischen Parlament verfassten Texten, sowie im politischen Diskurs daher weiterhin für die Umsetzung der Glaubens- und Religionsfreiheit eintreten.

Die EU-Außenpolitik muss an dem Prinzip der Menschenrechte ausgerichtet werden, welche auch die Religionsfreiheit beinhalten.

## **5. MEINUNGSFREIHEIT VERTEIDIGEN**

### **Werden Sie gegen die Kriminalisierung religionskritischer Äußerungen als „Blasphemie“ oder „Beleidigung religiöser Gefühle“ in Europa und der Welt eintreten?**

### **Antwort:**

Die Europa-SPD setzt sich für eine Gesellschaft des Miteinander und des gegenseitigen Respektes ein. Das beinhaltet auch den Schutz von Religionsgemeinschaften. Davon unberührt kämpfen wir für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt.

## **6. FREIE UND PLURALISTISCHE MEDIEN**

### **1. Werden Sie sich für die Implementierung eines systematischen Monitorings von Pressefreiheit, Medienpluralismus und -konzentration in jedem EU-Mitgliedsstaat einsetzen?**

### **Antwort:**

Wir wollen Medienpluralismus fördern, Medienkonzentration und -monopole verhindern sowie unabhängige Berichterstattung als unverzichtbares demokratisches Element gewährleisten. Monitoringmaßnahmen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Mit dem Media Pluralism Monitor existiert bereits ein von der EU gefördertes Instrument zur Bewertung der Risiken für den Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten der Union. An diesem Instrument wollen wir festhalten. Dieses Jahr haben wir zudem ein von der EU-gefördertes Pilotprojekt beantragt, welches die Eigentümerstrukturen im Bereich audiovisueller Medien und somit die Medienkonzentration analysieren / überwachen soll. Bei der Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten federführend in dieser Legislaturperiode mitverhandelt haben, haben wir uns außerdem dafür starkgemacht, dass die Mitgliedstaaten Gesetzgebungsmaßnahmen erlassen können, nach denen ihrer Rechtshoheit unterliegende Mediendiensteanbieter Informationen über ihre Eigentümerstrukturen zugänglich machen sollen. Transparenz in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit, einem Eckpfeiler demokratischer Systeme.

Informationen über die Eigentümerstruktur von Mediendienstanbietern ermöglichen es Nutzern in Fällen, in denen die Eigentumsverhältnisse zu einer Kontrolle über die Inhalte der angebotenen Dienste oder zur Ausübung eines erheblichen Einflusses auf diese führen, sich ein fundiertes Urteil über die Inhalte zu bilden.

## **2. Was werden Sie tun, um die Sicherheit von Journalist\*innen und Whistleblowern zu verbessern?**

### **Antwort:**

Skandale wie Lux-Leaks, Paradise Papers oder die jüngsten Enthüllungen rund um Facebook und Cambridge Analytica haben gezeigt, dass viele Missstände nur Dank mutiger Menschen bekannt werden, die oft genug ihre persönliche Zukunft aufs Spiel setzen.

Wir unterstützen daher die im April 2019 beschlossene Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern, die maßgeblich von der sozialdemokratischen Verhandlungsführerin des Europäischen Parlaments geprägt wurde. Das neue Gesetz wird künftig einen europaweiten Schutz für Personen bieten, die Verletzungen von bestimmten, klar definierten EU-Gesetzen melden, inklusive Fälle von Steuerbetrug, Geldwäsche oder Verstöße gegen Datenschutz- oder Umweltschutzbestimmungen. EU-Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, den Schutz auf weitere Bereiche auszuweiten. Das Parlament konnte durchsetzen, dass Vergeltungsmaßnahmen gegen Whistleblower, wie Degradierung oder Kündigung, explizit verboten sind. Personen, die Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber unterstützen, wie zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen, genießen ebenfalls Schutz vor jeder Form von Vergeltung. Unternehmen mit einer Belegschaft ab 50 Personen, müssen eine interne Stelle zum Melden von Missständen einrichten. Hinweisgeberinnen und -geber können sich an diese oder an externe Stellen, die von den Mitgliedstaaten eingerichtet werden, wenden. Wenn keine dieser beiden Wege zum Erfolg führt, können Whistleblower auch an die Öffentlichkeit gehen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Wir werden hier genau darauf achten, dass dies auch zeitnah geschieht. Denn Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber, die im öffentliche Interesse Missstände aufdecken, gehören geschützt, nicht verfolgt.

## **3. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Medienkompetenz der EU-Bürger\*innen verbessern und gegen Falschinformation (Fake News) vorgehen?**

### **Antwort:**

Damit die Bürger auf verantwortungsvolle und sichere Weise auf Informationen zugreifen und Medieninhalte verwenden, kritisch beurteilen und erstellen können, müssen sie über die dafür notwendigen Medienkompetenzen verfügen. Neben Wissen über Tools und Technologien müssen Bürgern zudem Fähigkeiten des kritischen Denkens vermittelt werden, damit sie Bewertungen vornehmen, komplexe Sachverhalte einschätzen und zwischen Meinungen und Tatsachen unterscheiden können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine Mittelverdoppelung des EU-Förderprogramms „Kreatives Europa“ ein. Dies wird auch der Vermittlung von Medienkompetenz zugutekommen. Denn mit dem Programm soll auch die Entwicklung des

kritischen Denkens bei den Bürgern durch die Verbesserung ihrer Medienkompetenz gefördert werden. Daneben sollen Schulungsprogramme für Medienschaffende im Nachrichtenbereich gefördert werden. So kann der Verbreitung von Falschinformationen gegengesteuert, Desinformationen besser erkannt und bekämpft werden. Zudem wollen wir Medienkompetenz in Zukunft auch im Rahmen der durch den Europäischen Sozialfonds Plus unterstützten Bildungsmaßnahmen fördern.

## **7. WAHLFREIHEIT GEWÄHRLEISTEN**

**1. Werden Sie sich für den uneingeschränkten Zugang zu kostenfreien bzw. kostengünstigen Verhütungsmitteln, zu legalem Schwangerschaftsabbruch für ungewollt Schwangere, für Sexualerziehung an öffentlichen Schulen und Gesundheitsversorgung für Mütter in allen Mitgliedsstaaten einsetzen?**

**Antwort:**

Wir sind der Meinung, dass alle Menschen ein Anrecht auf gesundheitliche Vorsorge, medizinische Information und sexuelle Aufklärung und auf Zugang zu Verhütung haben müssen. Frauen haben ein Recht auf eine gute, zeitgemäße medizinische Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt. Zeitgleich darf keine Frau gezwungen werden, eine ungewollte Schwangerschaft fortzuführen. Dies gilt für Deutschland und Europa. Wir setzen uns für die Einhaltung und den Ausbau dieser Rechte zudem weltweit ein und lassen Rückschritte sowie Falschinformationen und Manipulation in diesem Bereich nicht zu.

**2. Werden Sie sich für die Legalisierung von Suizidbeihilfe sowie für das Recht auf Würde und Selbstbestimmung am Lebensende einsetzen?**

**Antwort:**

Wir sind der Überzeugung, dass Menschen am Lebensende der besonderen Solidarität bedürfen. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde. Von diesem Grundsatz geleitet haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland (das Thema entzieht sich der europäischen Kompetenz) für ein Gesetz eingesetzt, das 2015 im Bundestag verabschiedet wurde. Das Gesetz stellt die geschäftsmäßige Hilfe zum Suizid unter Strafe und lässt weiter Raum für Gewissensentscheidungen. Auch die Assistenz bei einer selbstverantworteten Selbsttötung wird demnach nicht strafrechtlich verfolgt. Eine Suizidhilfe, die auf Profit angelegt ist und die Selbsttötungen als Dienstleistungen behandelt, ist verboten. An diesem Gesetz halten wir fest.

## **8. FÜR EINE GESELLSCHAFT EINTRETEN, DIE ALLE MENSCHEN WERTSCHÄTZT WIE SIE SIND**

**1. Welche Maßnahmen umfasst Ihr Aktionsplan zur Erlangung von Gleichstellung der Geschlechter? Werden Sie die Beteiligung von Frauen auf allen Stufen der EU-Institutionen einfordern und sich für die Ratifizierung des Istanbul-Abkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in allen Mitgliedsstaaten einsetzen?**

### **Antwort:**

Mädchen und Frauen müssen selbst über ihren Lebensweg können - frei von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung. Lange Zeit hat Europa das Tempo vorgegeben für die Gleichstellung von Frauen. Heute formieren sich in vielen Mitgliedsstaaten konservative und rechtspopulistische Kräfte gegen eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik und Frauenrechte.

Die SPD kämpft dafür, dass es keine Rolle rückwärts gibt und es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärtsgeht. Hierfür muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden. Daher fordern wir eine Fortsetzung der 2015 ausgelaufenen Gleichstellungsstrategie. Dazu gehören nicht nur spezifische Ziele, Maßnahmen und Sanktionen, sondern auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen.

Wir streben die Aufwertung des derzeit nur beratenden Gleichstellungsausschusses im Europäischen Parlament an. Durch etablierte und formelle Strukturen kann die Gleichstellungspolitik europaweit ins Zentrum geholt werden. Wir werden die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 dazu nutzen, die EU-Gleichstellungspolitik deutlich voranzubringen. Denn unser Ziel bleibt eine aktive Gleichstellungspolitik, die Wahrung der Frauenrechte und die Beseitigung struktureller Diskriminierung.

Jede Frau hat ein Anrecht auf gesundheitliche Vorsorge, medizinische Information und sexuelle Aufklärung, auf Zugang zu Verhütung und auf eine gute, zeitgemäße medizinische Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt. Keine Frau darf gezwungen werden, gegen ihren Willen ein Kind auszutragen. Die Gleichstellung gehört zu den Grundwerten der Europäischen Union und zum Grundpfeiler der europäischen Identität.

Die SPD wird das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit auch zwischen den Geschlechtern durchsetzen. Wir wollen eine EU-weiten Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Die hierzu 2012 vorgelegte Richtlinie muss vom Europäischen Rat endlich verabschiedet werden. Zudem muss die erhebliche Lohn- und Rentenlücke durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz geschlossen werden.

Die SPD will, dass mehr Frauen ins Europaparlament gewählt werden. Dafür wollen wir verbindliche Reißverschlussysteme bei den nationalen Listenaufstellungen. Nur wenn Frauen mitentscheiden, können auch Entscheidungen getroffen werden, die Frauen und die Auswirkungen unterschiedlicher Politiken auf Frauen im Blick haben. Wir fordern daher die Mitgliedsstaaten und Unionsorgane auf, dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen und alle Parteien zu quotierten Wahllisten zu verpflichten – mit dem Ziel der Parität. Dies gilt auch für die von uns geforderten europäischen Wahllisten.

Wichtig ist uns auch eine Gleichstellung in der Wissenschaft. Allein in Deutschland sind derzeit weniger als 25% der Professuren an Frauen vergeben. Um auch in der Wissenschaft eine paritätische Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und Männern zu erreichen, werden wir neue EU-weite Förderprogramme schaffen, die insbesondere Frauen im MINT-Bereich unterstützen sollen.

## **2. Was werden Sie gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität und -ausdruck und für den Schutz der Personengruppe der LGBTI\* in allen Mitgliedsstaaten tun?**

### **Antwort:**

Für die SPD sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, die überall in Europa nicht nur auf dem Papier, sondern in der politischen und gesellschaftlichen Praxis gewahrt sein müssen. Auch hier sind gesellschaftliche Errungenschaften des Respekts, der Anerkennung und der Gleichstellung in Gefahr. Niemand darf vorschreiben, wie ein Mensch zu sein und auszusehen hat oder mit wem jemand in Partnerschaft zusammenleben will.

Die SPD steht für eine ehrgeizige EU Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LGBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Anti-Propaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern.

Deshalb wollen wir, dass endlich die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet wird, die Diskriminierung auch in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbietet.

Wir wollen dafür sorgen, dass Strafverfolgungsbehörden überall in Europa sensibilisieren werden, um ein konsequenteres Vorgehen gegen Gewalt auf Grund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität vorgehen zu können.

In allen Mitgliedsstaaten muss in Asylverfahren gelten: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer sexueller Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerber und Asylbewerberinnen anerkannt werden.

Geschlechtsanpassende Operationen sind in allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen. Den Zugang zu schnellen und transparenten Verfahren für die rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit muss gewährleistet sein.

Wir verurteilen sogenannte "Reparativtherapien" oder „Konversionstherapien“ von LSBTIQ-Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass europaweit sogenannte „Konversionstherapien“ verboten werden. Homosexualität ist keine Krankheit. Die sogenannten Therapien fügen Menschen physisch und psychisch zum Teil enorme Schäden zu.

## 9. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND FAIRNESS

### 1. Wie lautet Ihr Maßnahmenplan im Kampf gegen ökonomische Ungleichheit und Sozialdumping?

**Antwort:**

Wir wollen Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische und soziale Integration Europas weiter vorantreiben. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse Deutschlands: Um wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in Europa abzubauen. Um mehr Möglichkeiten für gesellschaftlichen Austausch zu schaffen, gerade für junge Menschen. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken. Wir sind bereit, in den Zusammenhalt Europas zu investieren, weil Investitionen in ein starkes Europa die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland sind.

Wir wollen, dass sich die Mitgliedsstaaten untereinander durch mehr Solidarität für gleichwertigere Lebensbedingungen in ganz Europa und seinen Regionen unterstützen. Das Kaputtsparen vor allem zu Lasten des sozialen Zusammenhalts werden wir beenden. Zukunftsinvestitionen und die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

Dafür sichern wir die finanziellen Mittel für die Angleichung der Lebensbedingungen u.a. durch die Einnahmen aus der neu zu schaffenden Finanztransaktionssteuer. Gleichzeitig wird die Effektivität der Kohäsionspolitik erhöht. Auch sind wir zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit, um gemeinsam mit unseren europäischen Partnern nach dem Brexit die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu sichern und den Ausbau der Europäischen Öffentlichen Güter zu befördern, was wiederum die nationalen Haushalte perspektivisch entlastet.

Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen parlamentarisch kontrollierten Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephasen zur Stabilisierung zur Verfügung stehen.

Die Interessen der Städte und Kommunen wollen wir besser berücksichtigen. Das betrifft vor allem den Schutz der Daseinsvorsorge, den Erhalt von starken und handlungsfähigen Kreditgebern für die Wirtschaft vor Ort sowie die Berücksichtigung kommunaler Interessen bei der Gestaltung der künftigen Kohäsionspolitik.

Den ländlichen Raum werden wir deutlicher stärken. Die technische und soziale Infrastruktur muss in Europa auch im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden, um ihn insbesondere für junge Menschen und Familien attraktiv zu halten. Für gleichwertige Lebensverhältnisse, gerade auch in Ostdeutschland ist die EU-Regionalpolitik weiterhin von großer Bedeutung. In der nächsten Förderperiode bedarf es daher einer entsprechenden Mittelausstattung. Doppelstrukturen in den europäischen Strukturfonds werden wir hierzu abbauen, um den ländlichen Raum zielgerichteter, effizienter und unbürokratischer zu stärken. Die Regionalförderung und Beteiligungen sollte zudem ein wichtiger Bestandteil einer neu zu konzipierenden EU-Industriepolitik sein. Als Faktor der Standortsicherung sollte sie mit einer Weiterentwicklung von qualifizierter Mitbestimmung auf EU-Ebene verbunden werden.

## 2. Werden Sie konsequent gegen Steuerhinterziehung und -betrug eintreten?

### Antwort:

Wer Milliardenenerträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in Europa. Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern zwischen den Mitgliedsstaaten. Schluss mit Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls. In Europa soll eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen eingeführt werden. Hierzu haben Deutschland und Frankreich gemeinsam die Initiative ergriffen und einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen diese Regelung gemeinsam mit unseren europäischen Partnern EU-weit einführen.

Wir müssen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Damit ziehen wir eine untere Grenze ein, um den Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden.

Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass sich vor allem die Internetgiganten noch immer einer gerechten Besteuerung weitgehend entziehen. Auch die digitalen Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Diese sind weltweit aktiv und verschieben ihre Gewinne häufig in Niedrigsteuroländer. Das wollen wir beenden und bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen. Gleichzeitig treiben wir eine europäische Lösung voran – für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist. Den gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2021 wollen wir zügig in Europa umsetzen. Dafür streiten wir im nächsten Europäischen Parlament. Die Frage der Steuergerechtigkeit wird ein Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020.

Der Kampf gegen Steuerflucht wird verschärft durch automatische Meldepflichten für Banken, das Einfrieren verdächtiger Guthaben und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung.

Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedstaaten die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören. Außerdem muss das Parlament volles Mitspracherecht in Steuerfragen erhalten.

Die kriminelle Praxis, sich mit »Cum-Ex« und »Cum-Cum«-Geschäften oder ähnlichen Gestaltungen auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler Vorteile zu erschleichen, muss effektiver verfolgt und schärfer bestraft werden. Wir wollen dazu eine Sondereinheit wie in Großbritannien aufbauen, die effektiv gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt. Durch die europäischen Institutionen konsequent sichergestellt werden.

Wir sind für die Transparenz in Steuerfragen. Seit Mitte letzten Jahres werden die länderbezogenen Berichte (sog. Country-by-Country Reports) zwischen den Steuerverwaltungen automatisch ausgetauscht. Damit können die Steuerverwaltungen konsequent gegen Gewinnverlagerungen vorgehen und die Firmen dort besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Hierbei muss die Europäische Kommission einbezogen werden. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Berichte veröffentlicht werden.

### **3. Werden Sie sich für die Einführung von fairen Mindestlöhnen in der gesamten EU einsetzen?**

**Antwort:**

Ja. Wir fordern eine europäische Mindestlohnregelung, um die Angleichung der Löhne in Europa zu unterstützen. Der Mindestlohn soll in jedem Mitgliedsland auf der Höhe der dort geltenden Armutsschwelle (60 Prozent des mittleren Einkommens) festgesetzt werden. Somit berücksichtigen wir die wirtschaftliche Stärke jedes einzelnen Landes und garantieren gleichzeitig, dass jeder Mensch von seiner Arbeit leben kann. In Deutschland zum Beispiel gilt aktuell der Mindestlohn von 9,12 Euro. Mit der europäischen Mindestlohnregelung müsste der Mindestlohn in Deutschland auf 12 Euro angehoben werden.

### **4. Werden Sie dafür eintreten, dass die in der Proklamation der europäischen Säule der sozialen Rechte festgelegten zwanzig Grundsätze von 2017 in allen Mitgliedsstaaten implementiert werden?**

**Antwort:**

Ja, die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger müssen genau wie die heute schon in der europäischen Verfassung festgeschriebenen wirtschaftlichen Freiheiten mitaufgenommen werden. Die Säule sozialer Rechte bietet die Chance, für eine Trendwende in Europa zu sorgen. Die Selbstverpflichtung aller EU-Institutionen unter anderem für gerechte Löhne, einen starken Sozialschutz und umfassende Kollektivrechte zu sorgen, ist entscheidend für ein soziales Europa. Wir fordern im Europäischen Parlament weiter, die Säule sozialer Rechte mit konkreter Gesetzgebung auszugestalten und die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger, per Änderung der europäischen Verträge, im primären Recht der Europäischen Union zu verankern.

## **10. SÄKULARE UND ÖFFENTLICHE BILDUNG**

### **Mit welchen Maßnahmen im Bildungsbereich möchten Sie EU-Bürger\*innen befähigen, Ihr Leben und die Gesellschaft kompetent zu gestalten?**

**Antwort:**

Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte ist für die SPD eine der Prioritäten für die kommende Legislaturperiode. Bildung spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Wir unterstützen daher das Ziel der EU-Kommission, bis 2025 einen Europäischen Bildungsraum zu schaffen und europaweit Maßstäbe in Sachen Qualität, Inklusion und Innovation unserer Bildungssysteme zu setzen.

Wir fordern zudem die automatische und EU-weite Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Lernzeiten im Ausland, damit junge Europäerinnen und Europäer in der ganzen Union ihren Weg gehen können. Wir wollen das Konzept der dualen Berufsausbildung stärken. Dafür ist eine Verständigung über Mindeststandards notwendig (u.a. über die Ausbildungsdauer, die Art und Weise der Kooperation unterschiedlicher Lernorte wie Betrieb und Berufsschule). Wir wollen Studierenden, die in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten studieren wollen, bürokratische Hindernisse und aufreibende Behördengänge ersparen. Hierfür wollen wir einen einheitlichen europäischen Studienaussweis einführen.

Wir wollen außerdem die Bologna-Konferenz zu einer Europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln. Diese soll konkrete Maßnahmen vereinbaren, um im Europäischen Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern, Bildungsteilhabe zu verwirklichen sowie mehr Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Neben diesen neuen Initiativen wollen wir bewährte Strukturen verbessern. Die bereits existierenden Förderfonds, die Bildungsprojekte unterstützen, wollen wir einerseits finanziell besser ausstatten und andererseits ihren bildungspolitischen Fokus weiter schärfen, insbesondere in Bezug auf digitale Bildung, Weiter- und Fortbildung sowie lebenslanges Lernen.

Eine unserer Hauptforderungen hierbei ist: Erasmus für alle! Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit erhalten, durch Austauschprogramme den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen und Lernaufenthalte im Ausland zu absolvieren. Dafür wollen wir die Finanzmittel des Erasmus-Programms in der nächsten Förderperiode verdreifachen, das Programm stärker bewerben und es vor allem weiter für Azubis sowie sozial benachteiligte junge Menschen öffnen.

## **11. WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG**

**1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass religiöse Dogmen aus der europäischen Wissenschaft und Forschung herausgehalten werden, vor allem aus der Stammzellenforschung?**

**Antwort:**

Wir setzen uns für eine freie und unabhängige Wissenschaft und Forschung ein. Wir fordern die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender (disruptiver) Ideen und Konzepte, der den Einfluss von Forschung auf die Gesellschaft berücksichtigt und begleitet.

**2. Wie werden Sie sicherstellen, dass Forschung und Innovation von den Maßstäben des allgemeinen Interesses und nicht allein von ökonomischen Kriterien geleitet wird?**

**Antwort:**

Europa muss in der Forschung und Wissenschaft unabhängig sein von Drittländern und Großunternehmen mit forschungspolitisch relevanter Monopolstellung. Das gilt besonders für die Herausforderung der Digitalisierung. Und Europa muss stark darin werden, neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung gemeinsam ebenso verantwortlich wie zielgerichtet und zügig in soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen umzusetzen

**3. Wie lautet Ihr Maßnahmenplan in Bezug auf den Umgang mit (neuen) Technologien, zum Beispiel Künstliche Intelligenz (KI)? Wie möchten Sie dafür sorgen, dass technologische Entwicklungen nicht außer Kontrolle geraten, missbraucht werden oder zur Verletzung von Grundrechten führen?**

**Antwort:**

Die SPD sieht in der Digitalisierung das Potenzial, unseren Alltag angenehmer zu gestalten, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und Arbeit selbstbestimmter zu gestalten. Körperlich schwere Arbeiten können an Roboter abgegeben werden, Krankheiten durch künstliche Intelligenz früher und zuverlässiger erkannt, individuelle Bildung ermöglicht und ganz neue Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Die Entscheidungen darüber, wie wir zukünftig leben und arbeiten, dürfen wir aber nicht den Investorinnen und Investoren aus dem Silicon Valley oder autoritären Staaten wie China überlassen.

Stattdessen wollen wir Zukunftstechnologien Made in Europe entwickeln, die unseren ethischen Standards gerecht werden. Die Einhaltung von Grundrechten, insbesondere der Datenschutz, steht für uns an erster Stelle. Dafür brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) und systematische Förderung von Anwendungen, die den Menschen im Arbeitsprozess aufwerten. Damit nicht das technisch machbare die Entwicklung diktiert, sondern das ethisch und letztendlich rechtlich zulässige, gehört zu dieser Forschung auch, die ethischen Grenzen zu benennen und Standards zu setzen. Auch in diesem Sinne müssen wir die IT-Sicherheit verbessern und eine europaweite einheitliche Kennzeichnung einführen, die auf die Netzwerkfähigkeit technischer Geräte hinweist, die auf dem europäischen Markt verkauft werden. Schwachstellen beim Schutz der europäischen Industrie werden wir schließen und Cyberwaffen weltweit ächten.

## **12. EINE SOLIDARISCHE UND VERANTWORTUNGSVOLLE IMMIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK**

### **1. Welche Ziele verfolgen Sie in der nächsten Legislaturperiode im Bereich Immigrations- und Asylpolitik?**

**Antwort:**

Solidarische und effektive Migrations- und Flüchtlingspolitik hat viele Facetten. Um Fluchtursachen zu bekämpfen ist die Stärkung der Herkunftsländer mit fairer Handels-, Agrar-, Klima- und Fischereipolitik, sowie Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich. Denn Europa muss Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge. Daneben sind auch der Ausbau sicherer und regulärer Migrationswege und ein verbindliches Gemeinsames Europäisches Asylsystem notwendig, dass das Menschenrecht auf Asyl vollumfänglich wahrt.

Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Konkret gehören eine Reform des Dublin-Systems, die Ausweitung des EU-Resettlement-Programms, sowie die Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren und gemeinsames Handeln bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern dazu. Zudem gilt es, als Grundlage einer geordneten Zuwanderung legale Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen, damit sich Schutz- und Arbeitssuchende auf dem Weg nach Europa nicht kriminellen Schlepperbanden anvertrauen müssen.

## **2. Mit welchen Mitteln möchten Sie eine gerechte Verteilung und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sicherstellen?**

### **Antwort:**

Wir fordern eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das Wahren des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin-System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden. Zudem gilt es, einen europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds einzurichten. Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder Beiräten sollen die Bürgerinnen und Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen.

## **3. Wie kann eine sichere und legale Einreichung eines Asylantrags ermöglicht werden? Was ist aus Ihrer Sicht zu tun, um komplexe Fälle wie Asylgesuche von LGBTI\*-Menschen oder Atheist\*innen angemessen zu behandeln?**

### **Antwort:**

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und es darf grundsätzlich kein hilfesuchender Mensch abgewiesen werden. Das gilt selbstverständlich auch für LGBTI\*-Menschen oder Atheist\*innen. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Ein reformiertes Dublin-System muss Flüchtlinge schützen, das Recht auf Asyl vollumfänglich gewähren und Asylverfahren vereinheitlichen und beschleunigen. So können wir zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren und den uneingeschränkten Zugang zu diesen Verfahren garantieren.

Die sichere und legale Einreichung eines Asylantrags kann zum Beispiel durch die Ausweitung des EU Resettlement-Programms und verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstützt werden. Auch das Recht auf Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin-Verfahrens wird von uns unterstützt. Damit wollen wir es Asylbewerbern ermöglichen, ihren Antrag in dem EU-Mitgliedstaat zu stellen, in dem sie bereits familiäre Verbindungen haben. Generell unterstützen wir auch den Familiennachzug für Angehörige, die sich noch nicht auf EU-Gebiet befinden.

Zudem setzen wir uns für humanitäre Visa ein, um eine weitere legale Migrationsmöglichkeit anzubieten. Denn für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft zum Grab. In diesem Zusammenhang gilt es ebenfalls, dass alle Mitgliedsstaaten ihren Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer leisten. Wir wollen, dass die EU die Seenotrettung stärker koordiniert und die Mitgliedstaaten dabei finanziell, technisch und personell unterstützt. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden, sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen.

#### **4. Welche Möglichkeiten wollen Sie darüber hinaus für langfristige Zuwanderung jenseits von Flucht und Vertreibung schaffen?**

**Antwort:**

Wir fordern einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen, verbunden mit Informationen, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesucht werden. Einfache Regeln und Informationen zu Möglichkeiten der Arbeitsmigration können auch helfen, dass weniger Menschen fälschlich das Asylsystem nutzen. In diesem Zusammenhang fordern wir weiterhin die Reform der EU-weiten Blauen Karte, um Fachkräften aus Drittstaaten ein einheitliches Einwanderungssystem zu bieten und damit die Attraktivität der EU für Fachkräfte zu steigern.

### **13. EIN STARKES EUROPA FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE**

#### **1. Wie möchten Sie die Verfahren der Beschlussfassung der EU in der Außenpolitik effektiveren? Werden Sie sich für die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat einsetzen?**

**Antwort:**

Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. In dieser Weltordnung wollen wir Europa als Friedensmacht positionieren, die steht für eine solidarische Kooperation zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens, für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und für die Teilhabe aller Menschen überall auf der Welt am Wohlstand dieser Welt.

Deshalb fordern wir eine deutliche Stärkung der europäischen Diplomatie. Wir wollen, dass die EU durch einen europäischen Außenminister / eine Außenministerin vertreten wird. Das Amt des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ wollen wir fortentwickeln. Wer mit Europa verhandeln will, muss wissen mit wem er es zu tun hat.

Dafür ist notwendig das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen wird abzuschaffen. Der Rat der europäischen Außenministerinnen und Außenminister soll mit Mehrheit entscheiden können. Es muss ein Ende haben, dass Mitgliedsstaaten sich auseinanderdividieren lassen und sich Europa damit außenpolitisch lähmt.

Zudem wollen wir, dass Europa einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einnimmt. Die deutsche Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 wollen wir als europäische Mitgliedschaft gestalten.

## **2. Werden Sie sich dafür stark machen, Europa zu entwaffnen und die Verbreitung von Waffen zu bekämpfen?**

### **Antwort:**

Wir als Europa SPD fordern keine Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete und Diktaturen. Wir fordern eine europäische Regelung für Rüstungsexporte, die eindeutig und verbindlich ist, sowie restriktive Grenzen setzt. Diese muss im Rahmen der EU-Gesetzgebungen zur Exportkontrolle gesehen werden. Das Europäische Parlament muss an der Ausgestaltung einer europäischen Politik für Rüstungsexporte stärker beteiligt werden und zukünftig eine größere Rolle einnehmen.

Auf europäischer Ebene hat der Rat 2008 Rechtsverbindlichkeit für die bereits seit 1998 bestehenden Kriterien für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern für die EU Mitgliedsstaaten geschaffen. Dieser Gemeinsame Standpunkt der EU zu Waffenausfuhren beinhaltet unter anderem die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Grundfreiheiten im Importland. Wir bedauern, dass es bisher keine Möglichkeit gibt, Mitgliedstaaten zu sanktionieren, die die gemeinsamen Exportkriterien nicht einhalten. Langfristig sollte die EU die Möglichkeit erhalten dies zu tun. Auch eine europäische Behörde zur Überwachung der Rüstungsexporte der Mitgliedstaaten, ist anzustreben. Die SPD begrüßt den Bericht des Parlaments aus 2017 zu Rüstungsexporten, an dem die Fraktion der europäischen Sozialdemokraten maßgeblich mitgearbeitet hat. Die Forderungen des Berichts hat das Europäische Parlament erneut im November 2018 wiederholt. Hier wird insbesondere betont, ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien zu verhängen, und dieses Embargo auf alle anderen Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition im Jemen auszuweiten. Für diese Position sich die SPD im Europäischen Parlament stark eingesetzt.

## **14. SOLIDARITÄT MIT KÜNFTIGEN GENERATIONEN: KLIMAWANDEL UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

### **1. Werden Sie sich für die vollständige Umsetzung des Pariser Abkommens zum Klimaschutz engagieren?**

#### **Antwort:**

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Pariser Klimaabkommen ein historischer Meilenstein der internationalen Klimapolitik. Die Erreichung der vereinbarten Ziele hat für uns größte Priorität. Wir wollen Europas Industrie schnell möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO<sub>2</sub>-neutral und bezahlbar sicherstellen. Damit setzen wir weltweit neue Standards für Umwelt- und Klimaschutz.

Der SPD ist klar: Es braucht stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir deshalb eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050.

Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.

Zudem wollen wir die Energieeffizienz fördern. Wir unterstützen das Ziel von 32,5% Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 in der EU. Investitionen in Energieeffizienz sind der wirtschaftlichste Weg für die europäische Energiewende und unterstützen das Ausbauziel für erneuerbare Energien konsequent. Das heißt für uns verstärkte Anstrengungen beim Gebäudebestand, der Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel die Nutzung industrieller Abwärme.

Schließlich werden wir den Europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau von Infrastruktur und Energiespeicher stärken. Er fördert die Versorgungssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel müssen weiterhin einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein

**2. Wie sind Ihre Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und weltweit? Werden Sie sich für den Schutz von Biodiversität, die Verbesserung von Luft-, Wasser- und Lebensmittelqualität sowie nachhaltige Mobilität einsetzen?**

**Antwort:**

Die SPD will den Umweltschutz in Europa voranbringen. Es geht um den existentiellen Zugang zu sauberem Wasser, um fruchtbare und gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sowie gesunde Lebensmittel und schadstofffreie Produkte. Als zentrale Errungenschaft in Europa ist das Vorsorgeprinzip Leitfaden unseres Handelns. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft – wir wollen nachhaltige Produkte, weniger überflüssige Verpackungen und hochwertiges Recycling. Landwirtinnen und Landwirte produzieren gesunde Lebensmittel, erhalten Kulturlandschaften, schützen natürliche Lebensgrundlagen und tragen zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume bei. Wir wollen sie auch weiterhin unterstützen. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein.

Dafür stellen wir die europäische Agrarförderung vom Kopf auf die Füße. Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Es gilt: "öffentliches Geld für öffentliche Güter". Dabei ist die Größe des Betriebes unerheblich. Das heißt auch, der Entzug von Subventionszahlungen für Betriebe, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten.

Wir wollen endgültig Schluss machen mit dem Einsatz von Glyphosat. In ganz Europa muss nach 2023 endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten. Auch weitere Neonikotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Zulassungsverfahren müssen neu justiert und Ausnahmetatbestände reduziert werden. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern sehen wir als zentrales Versprechen an die nächste Generation.

### **Damit verbunden ist die Zukunft der Mobilität in Europa.**

Ohne Mobilität ist die Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich. Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Sie ist deshalb auch ein Teil der Daseinsvorsorge. Dabei steigt das Verkehrsaufkommen in Europa stetig. Immer mehr Menschen fahren zu ihrem Arbeitsplatz, immer mehr Pakete werden ausgeliefert, immer mehr Kinder werden zur Schule gefahren. Schon jetzt sind die Folgen ständiger Stau und Verkehrslärm, eine zu hohe Luftverschmutzung und letztendlich Klimabelastung. Gemeinsam können wir für eine moderne Mobilitätspolitik sorgen, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen und Ansprüchen an Barrierefreiheit gerecht wird.

Wir wollen urbane saubere Mobilitätskonzepte. Der Individualverkehr darf nicht weiter der alleinige Maßstab für die Mobilität darstellen. In Europa gibt es viele vorbildliche Städte, in denen es einen kostenlosen bzw. deutlich kostengünstigen, inklusiv und ökologisch orientierten Nahverkehr gibt. Auch der europäische Güterverkehr muss insgesamt klimafreundlicher werden. Der bisher dominante Transportweg Straße muss stärker als bisher durch nachhaltigere Alternativen auf der Schiene und eine möglichst emissionsfreie Schifffahrt flankiert werden.

Deshalb wollen wir eine Verkehrswende einleiten: Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Produktionsprozesse. Zudem starten wir eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger. Wir wollen außerdem langfristige Konzepte zur Dekarbonisierung von Flugverkehr und Schifffahrt entwickeln.

Dafür wollen wir den Einsatz alternativer Kraftstoffe stärker nutzen. Wir nutzen alle Möglichkeiten alternativer Kraftstoffe für den Einsatz in Antriebstechnologien und Mobilitätsdienstleistungen, damit Europa weiter mit an der Spitze des weltweiten technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt. Die Wasserstofftechnologie inklusive einer dazu gehörigen Infrastruktur soll als europäisches Projekt in einer grundsätzlich ergebnisoffenen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt werden.

### **3. Wie ist es Ihrer Meinung nach zu schaffen, mehr staatliche und private finanzielle Ressourcen zur Erfüllung der 17 Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu mobilisieren?**

#### **Antwort:**

Unser Ziel ist, dass Europa eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der 17 Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einnimmt. Diese Ziele verstehen wir als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Auf europäischer Ebene kämpfen wir dafür, dass die Kommission ihr Versprechen – eine Priorisierung dieser Ziele- wahrmacht. Europa hat bereits dadurch kostbare Zeit verloren, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den umfassenden Übergang zu wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit noch nicht eingeleitet haben. Daher werden wir die Kommission weiterhin parlamentarisch erinnern und auffordern, die Priorisierung der Umsetzung der Ziele

endlich anzugehen und zu bearbeiten. Dafür müssen auch haushälterisch Mittel zu Verfügung gestellt werden. Wir fordern dazu die Einführung eines gesamteuropäischen Rahmens für die Verwirklichung der 17 Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Die SPD will, dass der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Zeit ab 2021 diese 17 Ziele klar im Fokus haben. Wir brauchen nicht nur eine ausreichende Finanzausstattung für Natur- und Klimaschutz, sondern müssen auch die EU-Ausgaben in anderen Bereichen klar auf die Kompatibilität mit den Zielen für Nachhaltige Entwicklung überprüfen.